



Kaum ist das Resultat bekannt, wird Christophe Darbellay (r.) von CVP-Staatsrat Jacques Melly, Anhängern und Medien bestürmt.

OLIVIER MAIRE/KEYSTONE

Telefonnummern

Swisscom vergibt neu allen Kunden die Handyvorwahl 075

Die Zahl der Handy-Nutzer wächst und wächst. Nun gehen der Swisscom die 079er-Nummern aus. Abgelöst werden sie von der Vorwahl 075, die bereits vor vier Jahren exklusiv für Prepaid-Kunden eingeführt wurde. Doch neuerdings bekommen auch Kunden mit einem Abonnement 075er-Nummern, wie die Zeitung «La Liberté» berichtet. «Zwar gibt es noch immer 079-Vorwahlnummern, doch sie sind langsam erschöpft», sagte Swisscom-Medienschef Sepp Huber gegenüber der Zeitung.

Die verbreitete Vorwahl 079 existiert seit 1991, als die ersten Natels - kurz für Nationales Autotelefon - herauskamen. Lange war die Vorwahl den Swisscom-Kunden vorbehalten, später konnten sie auch Kunden anderer Anbieter haben - allerdings nur, wenn sie zu diesen wechselten. Dann ist es möglich, die alte 079er-Nummer von der Swisscom zur Konkurrenz «mitzunehmen». (NCH)

SVP-nahe Demo

Reitschule agitiert gegen Kundgebung

Am 18. März planen SVP-nahe Kreise eine Kundgebung gegen die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative. Dagegen gibt es Widerstand von links - es drohen wohl Ausschreitungen. Recherchen der «Schweiz am Wochenende» zeigen: Die Berner Reitschule ist das Zentrum des Widerstands. Die Reitschule stand in den letzten Tagen mehrfach wegen Krawallen in den Schlagzeilen. Die SVP unterstützt die Kundgebung nicht offiziell, Parteipräsident Albert Rösti wird am 18. März gar auf dem Bundesplatz fehlen. Er sagte zum «SonntagsBlick»: «Die SVP ist weder Organisatorin noch unterstützt sie die Veranstaltung finanziell.» (NCH)

Bakom

Billag-Fall kommt vor Bundesgericht

Das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) will vom Bundesgericht wissen, wie es das Urteil zur Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf der Empfangsgebühr umsetzen soll. Das Bundesverwaltungsgericht habe sich zu grundsätzlichen Fragen nicht geäußert. Beim Urteil von Ende Januar ging es um die Klage eines einzelnen Gebührenzahlenden. Dieser forderte von der Billag die Rückerstattung der von ihm von 2007 bis 2011 zu viel bezahlten Mehrwertsteuer im Umfang von total 45.35 Franken plus Zinsen. Das Gericht gab dem Privatkläger Recht. Das Bakom zieht das Urteil nun weiter, vermeldete die Sonntagspresse. (SDA)

Glanzresultat für Darbellay, Schlappe für Freysinger

Wallis Der ehemalige CVP-Präsident wendet den SVP-Angriff ab - und landet auf Platz 1

VON ANTONIO FUMAGALLI, SITTEN

Das Wallis und der Wein. Es ist eine Symbiose, wie sie so in keinem anderen Kanton existiert. Man ist stolz auf seinen Fendant und kultiviert den Weingenuss, wo man nur kann. Das gilt nicht nur, aber in besonderem Mass für Christophe Darbellay, Verwaltungsratspräsident eines Weinhändlers, Ex-CVP-Schweiz-Präsident und Kandidat für den Walliser Staatsrat, wie die Regierung hier heisst. Bevor gestern Mittag die Urnen schlossen, veröffentlichte Darbellay ein Bild eines Weinbergs und merkte an, dass die Ernte trotz fehlender Trauben «schon heute stattfindet». Wenig später liess er sich bereitwillig beim Apéro mit der Familie ablichten.

Darbellay ahnte früh, dass es an diesem Nachmittag gut kommen würde für ihn. In den Oberwalliser Gemeinden landete er durchs Band auf den vorderen Rängen, und als später die Resultate des französischsprachigen Kantonsteils eintrafen, steigerte sich sein Optimismus in Euphorie. Kurz vor 18 Uhr war die Überraschung schliesslich perfekt: Darbellay erzielte von allen 13 Kandidaten das beste Resultat.

Wind säen, Sturm ernten

Trotz seines Bekanntheitsgrads ist dies alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Nicht nur war im Vorfeld der Wahlen schwer abzuschätzen, wie stark das Walliser Stimmvolk am unehelichen Kind Darbellays Anstoss nehmen würde. Vor allem aber lancierte das «Rechtsbürgerliche Bündnis» rund um SVP-Mann Oskar Freysinger einen Frontalangriff auf die CVP und deren Aushängeschild Darbellay. Es nahm mit Nicolas Voide einen

Kandidaten auf seine Liste, der nicht nur der CVP angehört, sondern auch aus dem gleichen Bezirk wie Darbellay stammt (aus dem nur einer gewählt werden kann). Dass der Angriff auf seine Person verpuffte, erfüllt Darbellay nun sichtlich mit Genugtuung. Er profilierte sich mit seiner Politik, sagte er. Die Bürger hätten erkannt, dass seine Familienangelegenheiten damit nichts zu tun hätten. Angesprochen auf das aus seiner Optik «katastrophale Ergebnis» seines Intimfeindes Freysinger bemühte der überzeugte Katholik die Bibel: «Wer Wind sät, wird Sturm ernten.»

In der Tat ist das Glanzresultat Darbellays und der beiden anderen CVP-Kandidaten gleichzeitig eine schmerzhaft Ohrfeige für den überaus umstrittenen Bildungsminister Freysinger. Vor vier Jahren als Neuling noch mit dem besten Resultat aller Kandidaten gewählt, schloss er gestern lediglich auf dem sechsten Platz ab. Gegenüber 2013 verlor er rund ein Drittel der Stimmen. Neben Darbellay und den bisherigen Roberto Schmidt (CVP), Jacques Melly (CVP) und Esther Waeber-Kalbermatten (SP) musste er gar den zweiten SP-Kandidaten Stéphane Rossini vorbeiziehen lassen - eine regelrechte Sensation.

Dem Islamkritiker Freysinger dürfte seine Amtsführung mit fragwürdigen Personalentscheiden zum Verhängnis geworden sein. Neben der «falschen Einschätzung» des Mobilisierungspotenzials von Voide sieht er

sich vielmehr als Opfer einer Hetzjagd: «Was ich mir anhören musste, war auf unbeschreiblich tiefem Niveau. Der Hass war unglaublich gross.» Freysinger spielt dabei insbesondere auf die hart geführte Kampagne einer Bürgerinitiative mit dem Slogan «Coupons-lui la voie» («Schneiden wir ihm den Weg ab») an. Vor vier Jahren holte sich Freysinger noch zahlreiche Stimmen von CVP-Stammwählern, die ihm diesmal offensichtlich die Gefolgschaft verweigerten. Er ist überzeugt, dass seine Bekanntheit gegen ihn gespielt hat. «Viele Bürger waren sich zu sicher, dass ich ohnehin wiedergewählt werde. Also gaben sie ihre Stimme lieber einem anderen Kandidaten», sagt er.



Oskar Freysinger.

PARLAMENTSWAHLEN

Grüne vervierfachen ihre Sitzzahl

Die Grünen haben im Walliser Kantonsparlament Fraktionsstärke erlangt. Sie vervierfachten gestern ihre Anzahl Sitze und stellen neu 8 von 130 Kantonsräten. Total hielt die Linke Allianz ihre 18 Sitze. Die CVP als mit Abstand grösste Partei büsste 6 Mandate ein (neu 55). Die FDP verlor zwei Sitze (neu 26). Die SVP im Gegensatz konnte zwei Sitze zulegen und stellt neu 23 Kantonsräte. Die Verschiebungen dürften zwei Ursachen haben: Erstens verlor das deutschsprachige Wallis infolge einer neuen Volkszählung vier Sitze an den französischsprachigen Kantonsteil (was vor allem die CVP traf). Zweitens galt ein neues Wahlsystem: Vom sogenannten Doppelproporz profitieren vor allem kleinere Parteien, die bisher leer ausgingen. (SDA/NCH)

Entscheidung am 19. März

Das letzte Wort ist im Wallis freilich noch nicht gesprochen - wer in die Regierung einzieht, wird sich erst beim zweiten Wahlgang am 19. März weisen. Spannend wird insbesondere, ob Rossini den Vorsprung auf Freysinger halten kann und sich der Staatsrat des konservativen Kantons möglicherweise nur aus Vertretern von CVP und SP zusammensetzt. Ob aus Zwangsoptimismus oder echter Überzeugung - Freysinger blickt der zweiten Runde positiv entgegen: «Ich hoffe auf eine Reaktion der Bürger. Und sonst gehe ich dann halt in Pension und habe weniger Stress.»

Staatsratswahlen

Stimmen erster Wahlgang: Christophe Darbellay (CVP): 51 160, Jacques Melly (CVP/bisher): 50 518, Roberto Schmidt (CSP): 49 964, Esther Waeber-Kalbermatten (SP/bisher): 34 120, Stéphane Rossini (SP): 32 788, Oskar Freysinger (SVP/bisher): 30 857, Nicolas Voide (CVP): 26 300.

Unterlegene FDPLer relativieren Ja-Parole

Energiestrategie Die FDP ist für die Energiestrategie - aber so knapp, dass die Gegner sich nur bedingt daran gebunden fühlen.

VON JONAS SCHMID

Die FDP ist in der Energiepolitik in ihrer Mitte gespalten: Denkbar knapp mit 175:163 Stimmen hat die Basis am Samstag in Fribourg die Ja-Parole zur Energiestrategie 2050 gefasst. Mit Parteichefin Petra Gössi sowie den Vizepräsidenten Philippe Nantermod, Christian Wasserfallen und Andrea Caroni kämpfte die Mehrheit der FDP-Spitze für ein Nein. Sie stellte sich damit vergebens hinter das SVP-Referendum.

Das hauchdünne Resultat überrascht. Im Parlament hatte noch die überwiegende Mehrheit der FDP-Fraktion hinter dem ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie gestanden, das im Kern ein Verbot neuer Atomkraftwerke und Subventionen für erneuerbare Energien vorsieht. Letztere sollen den Atomstrom ersetzen, der mit dem Ende der Betriebsdauer der bestehenden AKW dereinst wegfallen wird.

Doch was bedeutet das Ergebnis vom Samstag für die Volksabstimmung vom 21. Mai? Respektieren die Unterlegenen das Ja und halten sich zurück? Oder neutralisieren sich die in etwa gleich starken Lager gegenseitig? Die Reaktionen der Unterlegenen deuten auf Letzteres hin.

«Die Partei-Haltung ist nicht einheitlich», konstatiert der Berner FDP-Natio-



«Es ist ein Zufallsmehr.»
Doris Fiala

Nationalrätin FDP/ZH

nalrat Christian Wasserfallen. Viele Kantonalparteien würden ein Nein beschliessen. Aus Respekt gegenüber dem Entscheid der Basis werde er keinem Komitee beitreten. Aber: «Ich verschwinde nicht im Keller und tue dort, wo ich eingeladen werde, gerne meine Meinung kund.» Die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala erkennt im Ergebnis ein «Zufallsmehr». Hätte die Versammlung an einem anderen Ort stattgefunden, «wären allenfalls mehr FDP-Delegierte aus der Deutschschweiz angereist», so Fiala. Dies hätte das Ja womöglich noch umgesetzt. Fiala ist Mitinitiantin des Referendums-Komitees. Sie könne sich vor ihrer Verantwortung nun nicht einfach drücken, «zumal mein Engagement mit der Parteispitze abgesprochen war». «Wäre das Resultat aber eindeutig ausgefallen, hätte

ich mich zurückgehalten», meint sie. «Die FDP Schweiz sagt Ja zur Energiestrategie», bilanziert der Appenzeller FDP-Ständerat Andrea Caroni. Die Parole gelte, auch wenn alle wüssten, dass es starke Gegenmeinungen gebe. Zugleich äussert Caroni viel Verständnis für die Kritiker in der Partei, die sich weiter mit Verve gegen die Prestigevorlage von Energieministerin Doris Leuthard (CVP) einsetzen.

«Die Partei wird keine nationale Kampagne machen», fasst Parteichefin Petra Gössi zusammen. Jedem Parlamentarier sei es jedoch selbst überlassen, in welchem Komitee er mitmachen wolle. Bleibt die Frage, wer die FDP an der «Abstimmungsarena» des Schweizer Fernsehens SRF vertreten wird: Diese Frage stelle sich noch nicht, so Petra Gössi.